

Das Milizsystem braucht eine breite Debatte über Reformen

Die Schweiz hätte mit dem Milizsystem eine einzigartige Institution, die Identität zwischen Bürger und Staat stiftet, Kompromissfähigkeit und Konsens stärkt und die Bürokratie in Schranken hält. Der SGV will es 2019 neu beleben.



Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) lanciert 2019 das Jahr der Milizarbeit.

Bild: Martina Rieben/Shutterstock

«Null Bock auf Gemeinderat», «Wer will Buhmann werden?»: So und ähnlich lauteten in jüngster Zeit die Titel einiger Zeitungsartikel. In der Tat: Das Milizsystem steckt in der Krise. Gemäss dem Gemeindemonitoring 2017 bekunden rund 50 Prozent der Gemeinden in der Schweiz Schwierigkeiten bei der Rekrutierung für die Gemeindeexekutive. Zwar sorgen weiterhin Zehntausende Freiwillige auf allen Staatsebenen für die Stabilität dieses Fundaments, und die Bevölkerung steht immer noch hinter dem Ideal. Aber: Jeder möchte von der

geleisteten Milizarbeit profitieren, aber immer weniger Bürger sind bereit, ihren Teil zu diesem kollektiven Gut beizutragen. Gegenüber den militärischen und zivilen Dienstpflichten wird heute oft die Exit-Option gewählt, wenn Aufwand und Ertrag aus persönlicher Sicht nicht übereinstimmen. Und wenn die Qualität der Aufgabenerfüllung abnimmt, während die Anforderungen steigen, besteht das Milizsystem zwar weiter, scheitert aber trotzdem. Seine Aufgaben werden dann von der Verwaltung absorbiert – was weder der Volksnähe noch der Vertretung verschiedener gesellschaftlicher Interessen in den Behörden dient.

Hinzu kommt, dass die Politik – und die Politikerinnen und Politiker – immer öfter in ein negatives Licht gerückt werden: Es wird versucht, die sogenannte «classe politique» gegen das Volk auszuspielen. Werden Miliztätige aber als Gegenspieler des Volkes dargestellt, verringert sich die Motivation, ein solches Amt anzu-

nehmen. Zu rasch fühlen sich heute die Miliztätigen der öffentlichen Kritik und der mangelnden Wertschätzung des (vermehrt auch in den digitalen Medien) reklamierenden «Zuschauer-Bürgers» ausgesetzt, der Amtsträger grundsätzlich zur einer verabscheuungswürdigen politischen Elite zählt. Setzt sich diese Entwicklung fort, besteht das Risiko, dass in Zukunft wenigen aufopfernden oder aber einfach nur eitlen, medienorientierten Politikern immer häufiger respektlose Bürger gegenüberstehen. Politik wäre nicht mehr die deliberative Demokratie, die politische, parteienübergreifende Konsensfindung, die vorab in den lokalen politischen Behörden gelegt wird, sondern eine Gegenüberstellung von «Rechthabern».

Gradmesser für die Demokratie

Das Milizsystem gehört zum republikanischen Erbe der Schweiz, es gehört zur Staatsidee. Das Milizsystem ist nicht nur



Leitidee, sondern konkretes Organisationsprinzip auf allen Stufen. Unterhalb einer bestimmten Teilnahmequote würde das Milizsystem seine Funktionsfähigkeit einbüßen. Das Milizsystem ist somit auch ein Mass, an dem sich zeigen lässt, wie es um die (republikanische) Teilnahmebereitschaft steht, die über Wahlen und Abstimmungen hinausgeht. Im Milizsystem bringen die Behördenmitglieder im Idealfall Erfahrungen und neue Ideen aus dem Berufsleben in die Gemeindeführung ein. Know-how fliesst so aus Wirtschaft, Bildung und aus dem privaten Umfeld in die Exekutivarbeit ein. Ein breites Spektrum an Wissen und individuellen Fähigkeiten wird so für das Gemein(de)wohl nutzbar. Und das alles kostengünstig. Es aktiviert das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl, hält den Staat schlank und fördert die Nähe zu den Bürgern. Das Milizsystem kann als Verwirklichung eines Ideals aktiver Bürgerbeteiligung verstanden werden; es ist eine Absage an die Vorstellung, die politische Entscheidungen als alternativlos definiert.

Risiko der Stimmungsdemokratie

Ohne Milizsystem stünde der Bürger als Zuschauer dem Berufspolitiker gegenüber, wie es in den repräsentativen Systemen gang und gäbe ist. Die direkte Demokratie, die von Teilnahme und öffentlichem Diskurs lebt, kann es nicht geben ohne grossflächiges Engagement. Die Willens- und Entscheidungsfindung kann und soll in der Schweiz nicht an Parlament, Regierung und Verwaltung abgegeben werden. Miliztätigkeiten erhöhen das Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme – sie stärken damit Wirklichkeitssinn und Kompromissfähigkeit. Ohne Milizsystem würden auch der Föderalismus und die Subsidiarität infrage gestellt. Deren Idee ist es, dass Entscheidungen auf der untersten Staatsebene in der kleinsten Einheit gefällt werden können, also möglichst nah bei den Bürgerinnen und Bürgern. Es besteht auch ein Zusammenhang mit der direkten Demokratie: Das Milizsystem sorgt dafür, dass die Bürger nicht zu Politikonsumenten verkommen. In einer Gemeindeexekutive etwa müssen sie nach Lösungen und Kompromissen suchen, die für alle annehmbar sind. Sie lernen, seriös zu politisieren. Die Schweiz läuft so weniger Gefahr, dass eine Politik von Schlagworten, Parolen und teuren Kampagnen betrieben wird.

Dem Schweizer Bürgerstaat entsprechen Staatsbürger, die sich aktiv einbringen. Dass der Staat wir alle sind, indem wir über Sachfragen abstimmen und im Rahmen des Milizsystems Aufgaben

übernehmen, trägt wesentlich dazu bei, dass der Staat nicht als anonyme und abstrakte Macht wahrgenommen wird. Die Schweiz hätte mit dem Milizsystem eine einzigartige Institution, die Identität stiftet zwischen Bürger und Staat, die Kompromissfähigkeit und Konsens stärkt und die die Bürokratie in Schranken hält.

Milizsystem: Mythos oder Ideal?

Man muss sich der Frage stellen, ob das schweizerische Milizsystem zukunftstauglich ist oder ob es nicht mehr und mehr zu einem Mythos verkommt. Die Gefahr ist real, dass eine wachsende Diskrepanz zwischen einem idealisierten Milizsystem und der Wirklichkeit totgeschwiegen wird. Wenn das Milizsystem umfassend diskutiert werden soll, muss dies aber ohne Tabus geschehen. Kann die Qualität des Milizsystems mittelfristig aufrechterhalten werden? Wie kann die Wertschätzung von Milizarbeit wieder erhöht werden? Oder geht die gesellschaftliche Entwicklung in eine Richtung, die nicht umkehrbar ist? Braucht es mehr Professionalisierung in der Politik? Braucht es gar mehr Zwang, damit die Ämter besetzt werden? Braucht es mehr Fusionen unter den Gemeinden? Ist in einer solchen Perspektive die Idee einer Schweiz von unten nach oben noch zeitgemäss?

Die übergeordnete Frage ist, welche Bedeutung eine weitere Schwächung des Milizsystems für die reale Schweiz hätte. Wie würde oder müsste sich unser Selbstbild verändern? Was bliebe von der republikanischen Idee einer Schweiz, die vom Engagement ihrer eigenen Bürger lebt? Bestünde dieses zusätzliche Engagement nur mehr darin, dass man vierteljährlich brieflich abstimmt, falls man gerade Zeit und Lust dazu hat? Welche Stellung nähmen die Stimmbürger gegenüber dem «übergeordneten Gut» Schweiz ein? Würden die Staatsbürger vermehrt zu passiven «Staatskunden»? Würde man das Interesse der Schweiz in erster Linie gleichsetzen mit allem, was einem selbst und seiner Familie nützt?

Es braucht neue Impulse

Wie entwickelt sich das Milizsystem weiter? Vieles hängt von der Einschätzung der erwähnten Tendenzen ab. Somit steht das Land vor einem Grundsatzentscheid: Soll die gegenwärtige Organisation des Staates erhalten bleiben? Wenn ja, müssen Bedingungen für das Weiterbestehen geschaffen werden. Dazu braucht es aber eine ernsthafte landesweite Debatte. Deshalb lanciert der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) 2019 das «Jahr der Milizarbeit».

Die Idee dahinter: Das Milizsystem ist nicht am Ende, sondern braucht dringend neue Impulse. Ziel ist es, das Milizsystem zu erhalten respektive so weiterzuentwickeln, dass es auch in Zukunft gelebt werden kann. Der SGV setzt sich mit der Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Milizsystems auseinander. Dabei erweist sich eine interdisziplinäre Herangehensweise als fruchtbar, da das Milizsystem in viele Bereiche hineinspielt. Es geht um die «Staatsidee Schweiz», um das soziale und politische Kapital der Gesellschaft und um die Opportunitätskosten der Bürger, wenn sie am Milizsystem teilnehmen. Die schlechteste Lösung wäre, die Entwicklung stillschweigend zu beobachten. Wenn das Milizsystem weiterhin ein Grundpfeiler unseres Staatsverständnisses sein und nicht zu einer Chimäre verkommen soll, müssen Debatten über den Wert des Milizsystems erlaubt und erwünscht sein. Dieses «Jahr der Milizarbeit 2019» soll daher engagierter Positionsbezug für die Neubelebung des Milizsystems und Startschuss für eine Debatte sein, wie dieses aussehen könnte. Soll die Schweiz mit Blick auf die Bürgerbeteiligung weiterhin eine weltweite Sonderstellung einnehmen? Ja, dieser Erfolgsfaktor unseres Landes sollte nicht leichtfertig preisgegeben werden. 2019 ist ein Wahljahr auf nationaler Ebene. Politiker aller Parteien werden wieder das Loblied des Milizsystems singen, sich als Milizparlamentarier bezeichnen, weil es sich so gehört, auch wenn das auf Bundesebene offensichtlich immer weniger der Fall ist. In diesem Sinn ist das «Jahr der Milizarbeit 2019» eine Einladung an die Kandidatinnen und Kandidaten, aber vor allem auch an jeden Bürger als «homo politicus», eine Debatte über Grundlegendes auszulösen. Denn die angesprochenen Probleme können nicht einfach an die politischen Institutionen delegiert werden. Die Milizpolitiker, die Freizeitpolitiker, machen die Schweiz zur Schweiz.



Andreas Müller,
Leiter Milizprojekt
beim Schweizerischen
Gemeindeverband (SGV)